

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Gitschinerstraße 17.

Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich
Dienstag, Donnerstag und
Samstags Abends.

Preissensatz. Preis für Berlin incl. Fringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 15 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland 12 1/2 Sgr., (44 Kreuzer incl. Postgeb.)

Bestellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Expeditoren entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien, America, China und Japan Mr. A. Daensing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square, W. C. London.

Am 1. Oktober hat ein neues Vierteljahrs-
ment auf den „Social-Demokrat“ begonnen.
versuchen diejenigen, welche noch abonniren
wollen, dies sofort zu thun.
Bestellungen werden auswärts bei den Post-
ämtern, in Berlin bei der Expedition Gitschinerstr. 17
bei allen soliden Zeitungspediteuren gemacht.
in Preußen vierteljährlich 15 Sgr., im nicht-
preussischen Deutschland 12 1/2 Sgr.) Zugleich rich-
ten wir an die Parteigenossen die Aufforderung,
sich für weitere Verbreitung des „Social-
demokrat“ thätig zu sein.
Den neuen Abonnenten wird das Blatt für
das ganze Quartal, vom 1. Oktober an, vollstän-
dig geliefert.

Der 26. Oktober

Für uns ein bedeutungsvoller Tag sein, selbst
es an demselben zu keinen Ereignissen in Paris
geben sollte.
Bringt der 26. Oktober den Sieg des Volkes in
den Straßen von Paris, so wird bewiesen sein, daß
das Volk selbstständig vorzugehen weiß und des
Hilfsbedürfnisses der Bourgeoisie nicht mehr bedarf.
Nur solange Paris ruhig, so wird zwar darin
beweis liegen, daß das Volk noch nicht selbststän-
dig handeln versteht; aber es wird auch in deut-
licher Weise die Lehre gegeben sein, daß die Bour-
geoisie wohl in großen Worten, nie aber durch die That
die Regierung bekämpft; daß sie trotz allen Geredes
den entscheidenden Augenblicke immer den Rath ver-
langt und diese Erkenntnis wird mächtig dazu beitra-
gen, das Volk vom Einfluß der Bourgeoisie zu be-
halten und auf eigene Füße zu stellen.
Im Augenblick sieht die Sache so, daß eine große
Demonstration am 26. nicht beabsichtigt wird,
wenn das Volk auf den Straßen ist, können
unbeabsichtigte Dinge, kann vor Allem ein Ent-
scheidungskampf eintreten; aber es geschieht derzeit
alles zu verhindern. Die ganze Linke hat
sich jetzt unter verschiedenen Vorwänden zu-
gezogen; der alte Raspail ist in diesem Augen-
blicke der Einzige, der noch an der für den 26. Okto-
ber beabsichtigten Demonstration festhält. Allein ob
die Linke, die ganze bürgerlich-republikanische
Linke, alle Radikalen und „Unversöhnlichen“ jetzt
zusammen und abmahnen, dennoch hat die Regierung
am 26. Oktober die größte Angst. Die Vor-
sichtsmaßregeln, welche dieselbe trifft, sind großartig,
man muß glauben, daß sie befürchtet, es werde
ein gefährlicher Straßenkampf ausbrechen. Nicht allein
alle Officiere der Pariser Garnison, die sich
auswärts befinden, Befehl erhalten, bis
am 26. zu ihren Regimentern zurückzukehren, sondern
alle Pariser Kasernen und einige Paläste, wie
das Luxembourg, wo der Senat tagt, haben Pro-
tektion auf acht Tage erhalten. Diese Maßregeln —
wenn die Berichterstatter der Zeitungen diesen
Angelegenheiten hinzu — erregen um so mehr Aufsehen,
je mehr die Stimmung in Paris jetzt eine außerordent-
liche ist und sogar die „Reform“ von einer
Revolution nichts mehr wissen will, da die Depu-
tirten sich nicht an die Spitze derselben stellen wollen.
So die Blätter. Allein mit der ruhigen Stim-
mung des Volkes dürfte es nicht weit her sein. Der
Socialismus des Kaiserreiches hat allzulange auf
den Rücken gelastet und eben jetzt ist in Betreff der
Angelegenheiten zu Kubin festgestellt worden, daß
die Maßnahmen, welche die Arbeiter erhalten haben, alle
Mängel sind, was beweist, daß sie schon auf der
Kippe waren, als der Offizier — trotzdem noch! —
den Befehl zum Feuern gab. Die Wirkung war
schwer; von 40 Schüssen trafen 38.

Es ist in der That auf den ersten Blick unerklär-
lich, warum die Abgeordneten von der Linken nicht
am 26. Okt. eine Demonstration veranlassen wollen,
welche zum Entscheidungskampf führen muß. Sie
stehen einer durch und durch schwachen, dabei gänzlich
lebenslosen Regierung gegenüber, sie werden getragen
vom Strome der zunehmenden Bewegung, sie können
auf das Volk zählen. Wenn Abgeordnete der äußer-
sten Opposition unter solchen Umständen nicht das
Zeichen zum Entscheidungskampf und zur Revolution
geben — wann wollen sie es denn thun? Das Zu-
rückweichen ist wirklich auf den ersten Blick unerklärlich
— es erklärt sich erst dann, wenn man bedenkt, daß
selbst diese Herren von der äußersten Bourgeoisie
Opposition das Volk und seine Rechte noch mehr
schrecken als die despotischste Regierung. Man fürchtet
die rothe Republik — das ist das Wort des Räthfels.
Unsere Freunde in Paris berichten uns, daß nun-
mehr auch die Socialisten beschlossen haben, am 26.
Oktober keine Demonstration vorzunehmen. Wenn
dies richtig ist, so kann der Grund solchen Beschlusses
von socialistischer Seite nur in der Befürchtung liegen,
das Volk sei noch nicht selbstständig genug, um ohne
die Führung der Abgeordneten zum Kampfe zu schreiten.
Wenn dies wirklich der Fall ist, wenn also nicht zu
erwarten steht, daß ganz Paris sich erheben wird, so
hat ein Aufstand allerdings seine Bedenken, obwohl
wir glauben, daß, wenn es zum Klappen käme, doch
das ganze Volk bei der Hand wäre. Einige Volksver-
sammlungen haben sich für eine Demonstration am
26. Oktober ausgesprochen.
Wir können den Gegenstand nicht verlassen, ohne
eines Curiosums zu erwähnen. Die Kutscher der
Pariser Fiakres (Droschken) und Omnibus hatten
früher einmal einen Streik beabsichtigt und waren von
demselben durch die Drohung der Regierung abge-
halten worden, sie werde die Kutscher durch Soldaten
erzogen. (Bekanntlich auch bei uns zu Land stellen-
weise ähnlich vorgekommen!) Nun wollen die Kutscher
am 26. Oktober die Arbeit niederlegen, weil sie
glauben, daß die Regierung ihre Soldaten an diesem
Tage selbst brauchen wird.
Wir wiederholen: Wie es auch kommen möge,
der 26. Oktober wird für uns ein wichtiger Tag
sein — weil entweder ein ereignisreicher oder ein
lehrreicher Tag. Kämpfen und siegen die Arbeiter
zu Paris, so kämpfen und siegen sie für die Arbeiter
in ganz Europa. Schreiten die Pariser Arbeiter nicht zum
Kampfe, so werden sie und ihre Brüder überall noch
einmal nachdrücklich und hoffentlich zum letzten Male
die Lehre erhalten haben, welcher Verlaß auf die so-
genannte radicale Bourgeoisie ist. Die Arbeiter wer-
den selbstständig werden und schließlich ist ja jeder
Tag ebensogut wie der 26. Oktober. Aufgeschoben
ist nicht aufgehoben. —

Der Baseler Beschluß wegen des Grundeigenthums.

I
Entweder hat der Socialismus Recht oder Un-
recht, wenn er behauptet: die ganze heutige Gesell-
schaft zusammen dem Staate beruhe auf Ausbeutung.
Hat er Unrecht, dann muß für etwaige Schäden
innerhalb der heutigen Gesellschaft das Heilmittel
auf Grundlage dieser heutigen Gesellschaft zu
finden sein. Dies ist es, was die herrschende
ökonomische Schule und mit ihr die bürgerliche De-
mokratie, wenn sie offen ihre Meinung ausdrückt,
behauptet.
Hat aber der Socialismus mit jener Behauptung
Recht, beruht das Ganze auf Ausbeutung, so kann
es für die Schäden der heutigen Gesellschaft nur ein
Radikalmittel geben: Aufhebung der Grund-
lage dieser heutigen Gesellschaft; Herstellung einer
neuen Grundlage.

Man sieht auf den ersten Blick: eine Vermittlung
ist hier nicht möglich. Hier heißt es entweder —
oder.
Wohl ist es möglich, daß man Mittel und Wege
zeige — und gerade dies ist das Verdienst Lassalle's
— wie auf geistliche Weise, in ruhiger, friedlicher
Entwicklung die Gesellschaft umgeformt werden könne;
aber wie geistlich auch der Weg sei, immer ist eine
Umformung von Grund aus gemeint, immer steht
am Ende des Weges als Ziel: die Herstellung eines
von Grund aus andern Gesellschaftszustandes.
Zu Anfang der Arbeiterbewegung in Deutschland
versuchte die Bourgeoisie in Gestalt der Fortschritt-
partei offen den Socialismus zu bekämpfen — zwar
mit ungehörigen und schändlichen Mitteln, wie Lüge,
Verleumdung, Maßregelung von Arbeitern u. s. w.
— aber doch immer offen.
Nachdem dies fehlgeschlagen, hat die Bourgeoisie
in Gestalt der „Volkspartei“ einen andern Weg ver-
sucht; sie hat den falschen Schein angenommen, als
sei sie der socialistischen Bewegung hold, und der
Kampf wurde unter der Maske der Freundschaft ge-
führt, also nicht mehr offen, sondern verkappt und
hinterläßt, zum Zweck der Verwirrung, wo möglich
gar Auflösung der selbstständigen Arbeiterpartei.
Dies konnte jedoch nur so lange gut thun, als
keine Veranlassung kam, durch welche die verkappte
Bourgeoisie in die unangenehme Nothwendigkeit ver-
setzt wurde, entweder den Socialismus seinem vollen
Inhalt nach anzuerkennen oder, durch Verweigerung sol-
cher Anerkennung, sich zu entlarven.
Diese Veranlassung kam glücklicherweise und zwar
ziemlich unverhofft durch den Baseler Beschluß.
Es ist klar, daß die Hintermänner der „Volks-
partei“, die liberalen Banquiers und Geldjuden, ferner
die unter dem Einfluß derselben stehenden Literaten
und Schulmeister, nicht zugeben durften, daß die vol-
len Prinzipien des Socialismus klar und deutlich
proklamirt würden. Man hatte ja im Gegentheil
die scheinbar socialistische Haltung nur darum ange-
nommen, um als angebliche Socialisten bei den Ar-
beitern Vertrauen zu erregen und dann vermittelst
dieses Vertrauens die Verbreitung eines widerstän-
digen, innerlich haltlosen und daher verderblichen Halb-
socialismus zu betreiben. Auf diese Weise konnte
man hoffen, in die Arbeiterpartei sowohl solche Ver-
wirrung zu bringen, als auch solche Zerfahrenheit zu
bringen, daß derselben sowohl die Klarheit der Er-
kenntnis als der zu nachdrücklichem Auftreten erfor-
derliche feste Zusammenhang verloren gingen.
Diese Absicht schließt die Möglichkeit aus, die social-
istischen Prinzipien in ihrer Reinheit und Klarheit, in
ihrer Bestimmtheit und Ganzheit zu verkünden. Man
würde dadurch bei den Arbeitern die Klarheit der
Erkenntnis und die Einmüthigkeit des Willens för-
dern, mit Einem Wort die Arbeiterpartei fester und
entschiedener machen, was man gerade verhin-
dern will.
Daher, als trotz des Widerstrebens der Eisenacher
der Baseler Congreß erklärte, es müsse dahin gestrebt
werden, nicht nur das Capital, sondern auch den
Boden, also die Produktionsmittel insgesamt, nicht
blos halb oder theilweise, ins Gemeineigenthum
der Gesammtheit zu bringen, großen Entschens bei
der gesammten Eisenacher „Volkspartei“, offene Ver-
leugnung dieses Beschlusses, Verächtlichmachung derer,
die das volle Prinzip vertreten.
Wir haben dieser Frage bisher mehrere Artikel
gewidmet; aber auf denjenigen Punkt, welcher viel-
leicht der Hauptpunkt ist, haben wir die Aufmerksamkeit
bisher noch gar nicht gelenkt. Die Verleugnung
des Baseler Beschlusses durch angebliche Social-De-
mokraten ist nämlich so unerhört, daß man in Ver-
legenheit ist, an welchem der zahlreichen Punkte man
die „Ehrlichkeit“ eines solchen Verfahrens zuerst nach-
weisen soll. Nach jeder Seite hin, wohin man nur

sieht, zeigt sich das Ungeheure solcher „Ehrlichkeit“. Daß die Verleugnung des Baseler Beschlusses zu dem durch und durch reaktionären Bestreben führt, an den ländlichen Arbeitern Verrath zu üben, haben wir bereits klar gestellt.

Auch dies haben wir bereits gezeigt, daß, wenn man die Lehre aufstellt: die Produktionsmittel sollen gemeinsam sein, man nicht das Hauptproduktionsmittel, den Boden, hiervon ausnehmen kann.

Diesmal nun, im folgenden Artikel, wollen wir zeigen daß zu jener Ausbütungsart, welche die ganze Gesellschaft durchzieht, zur Ausbütung der Arbeitskraft durch das Capital, beim Boden noch eine weitere Ausbütung hinzutritt. Wir wollen, soweit es in Kürze möglich, die von der herrschenden ökonomischen Schule selbst aufgestellte Lehre von der Bodenrente entwickeln. Man wird dann sehen, wie unglaublich es ist, daß Leute, die gern für „Social-Demokraten“ gelten möchten, die heutige Produktionsweise gerade da beibehalten wollen, wo eine doppelte Ausbütung stattfindet. Das Staunen über die „Ehrlichkeit“ dieser „ehrliehen“ Social-Demokraten wird dann bei denen, welche überhaupt über diese Leute erstaunen können, den höchsten Gipfel erreichen.

Politischer Theil.

R u n d s c h a u.

Berlin, 19. October.

Die Republikaner Spaniens haben einen schweren Schlag, wenn nicht gar den Vernichtungsschlag erhalten. Valencia, jene große über 100,000 Einwohner zählende Stadt, welche längere Zeit in Händen der Aufständischen war, ist von einer überlegenen Truppenmacht erstürmt worden, auch sollen die auf dem flachen Lande zerstreuten republikanischen Freischaaren Niederlagen erlitten haben. Die betreffenden Depeschen lauten: Madrid, 16. October. Die Insurgenten in Valencia haben sich nach einem einige Stunden dauernden Kampfe bedingungslos ergeben und die Truppen der Regierung die Stadt besetzt. — Zu Teruel ist die Ruhe wieder hergestellt. Ein Ausfall der Insurgenten aus Bejar wurde von den Truppen der Regierung zurückgeschlagen. Zu Corogne haben kleine Kämpfe stattgefunden. Die Ordnung wurde indess daselbst sofort wiederhergestellt. Madrid, 17. October. Die Trümmer mehrerer Bänder in Catalonien haben sich unterworfen. Mehrere kleine Bänder in den Provinzen Andalusien und Granada sind geschlagen worden. In allen übrigen Theilen Spaniens herrscht Ruhe. Somit scheint es, daß außer der vereinzelt verbliebenen Stadt Bejar die Republikaner alle Stützpunkte verloren hätten. Ueber die mit abwechselndem Glück geführten kleineren Gefechte erfährt man folgendes: Eine die Insurgenten in Catalonien die Stadt Bisbal aufgaben, lieferten sie den Truppen unter dem Brigadier Creepo ein hitziges Gefecht, in welchem 1 Offizier, 13 Soldaten getödtet, 8 Offiziere, 32 Soldaten verwundet wurden; auf den Barricaden und in den Häusern fand man 11 getödtete Insurgenten. Während des Kampfes ward der Cebicilla Deputirte Coeino gefangen genommen. Er ist mit anderen Gefangenen nach Girona transportirt worden, um dort abgehört zu werden. Die Insurgenten haben einige Kanonen verloren, mit denen sie das besetzte Schloß und die Barricaden armirt hatten. — Die vereinigten Freischaaren in Granada von Salvochea, Paul (beides Deputirte) und Romero sind in Penuoacil eingedrungen (Provinz Malaga) und haben dort die Republik ausgerufen. Nachdem sie Nahrungsmittel und Geld gefordert, wandten sie sich nach Berraba. Gestern Morgen haben sie die Provinz Malaga verlassen und sind in die Provinz Cadix eingedrungen, um sich in die dortigen Berge zu flüchten. Die Freischaar des Priesters Ribas, welche vom Oberlieutenant Salamanca geschlagen worden ist, hat sich vollständig zerstreut. Zwischen Almoja, Coín und Ojen sind noch einige Bänder übrig, die aber lebhaft verfolgt werden. Der Commandant Alberete hat die vereinigten Freischaaren von Plazo und Medrano, des Alkaden von Carolina, auseinandergeprengt, das schwierige Terrain in der Sierra Morena hat ihnen jedoch erlaubt, mit Verlust einer Anzahl Todter zu entkommen. Der Oberst Biquetos hat in Andalusien bei Setenil, in der Provinz Cadix, die Schaar von Fantom und Predegne geschlagen, wobei dieselbe 10 Todte und 25 Gefangene verlor. Er marschirte hierauf gegen Alcala del Valle, wo er die 50 Mann starke Bande von Navarrete zu finden hoffte, dieselbe war indess auf die Nachricht von seinem Herannahen verschwunden. Der Generalcommandant des Lagers von Gibraltar meldet, daß man sich bei San Roque Sebastian Carrasco's, der sich für den Sekretär Salvochea's ausgibt, bemächtigt hat. — Das Vorgehen der Regierung zeigt, daß sie sich bereits sicher fühlt und auch dort, wo der Aufstand nicht zum Ausbruch gekommen ist, wie in Madrid, reaktionäre Gewaltmaßregeln gebraucht. So sind in der Hauptstadt mehrere bekannte Republikaner verhaftet worden, denen die Regierung den Plan einer Schilderhebung

zuschrieb. Außer der „Igualdad“ ist noch ein zweites republikanisches Blatt unterdrückt worden, die „Bandera Roja“, deren Name — die rothe Fahne — Furcht und Verdacht einflößte; zwei andere Zeitungen derselben Richtung, die „Discussion“ und die „Reforma“, sind vor die Gerichte geladen. In manchen Provinzen wird der Presse geradezu der Garauß gemacht. — Diese so traurige Wendung der Anfangs vielversprechenden spanischen Erhebung, ist zweifellos den Verhältnissen zuzuschreiben, an denen die Revolution der neuesten Zeit scheiterten. Der Mangel an socialistischen Elementen dieser rein politischen Bewegung hat bewirkt, daß gerade dort, wo ihr Hauptstützpunkt hätte sein sollen, z. B. in der großen Fabrikstadt Barcelona, der Aufstand am wenigsten nachhaltig war. Außerdem hat sich eine die jetzige sich bereits überlebt habende Bourgeoisie bezeichnende Ruthlosigkeit in verhängnißvoller Weise geltend gemacht. Gerade diejenigen, von denen man ihren Neben nach am ersten eine That hätte erwarten sollen, wie Castelar, Drense — sind hinter dem Ofen sitzen geblieben und haben so ihre Freunde im entscheidenden Augenblicke verrathen. Sie tragen nicht den kleinsten Theil der Schuld, und haben den bitteren Haß der Republikaner, welcher sie jetzt trifft, wohl verdient.

Aus dem „liberalen“ Oesterreich hört man ohne Unterlaß von Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiter. Die social-demokratischen Arbeiter der Städte werden um ihr Vereins- und Versammlungsrecht gebracht — ein vom Wiener Arbeiter-Bildungsverein zu berufener social-demokratischer Congreß wurde verboten, und in einer Provinzialstadt wurde sogar eine Versammlung zur Darlegung des social-demokratischen Princips als staatsgefährlich nicht gestattet. Auch dem ländlichen Proletariat wird in wahrhaft barbarischer Weise mißgespielt. Wiener Blätter veröffentlichen die folgende Nachricht aus Ungarn: „Maros-Basarbey, 11. October. Der Präsident der königlichen Tafel in Siebenbürgen, Baron Apor, hat die ganze aus 300 Seelen bestehende Gemeinde Tojalva gerichtlich expropriirt (aus ihrem Besitze) vertrieben. Nur der Geistliche blieb verschont. Seit acht Tagen wohnen diese 300 Leute, darunter Frauen, Kinder und Greise, auf der Landstraße und jammern vor Hunger und Kälte. Nachdem sie sich durch Jahrhunderte in ungestörtem Besitze befanden und Jahrhunderte lang Robot leisteten, wurden sie jetzt plötzlich obdachlos und dem Hungertode preisgegeben. Die politische Behörde hat befohlen, auch die Landstraße binnen 24 Stunden zu räumen, widrigenfalls die wegen Worthlosigkeit nicht gepändeten Sachen verbrannt und die Leute selbst davongejagt würden.“ Wir haben hier eine ähnliche Schandthat, wie sie Anfang dieses Jahrhunderts in Schottland vorkam. Die einstigen Leibeigenen — d. h. freie Bauern, die im Mittelalter ein Ritter gewaltsam oder auf Schleichwegen, zu Untergebenen machte, die aber ihres Grundstücks, selbst als Leibeigene, nicht beraubt werden durften — werden heutzutage von dem zum Bourgeois gewordenen Feudalherren, der auf den Grund und Boden jetzt Ansprüche macht, schonungslos verjagt! — Im südlichsten Theile Dalmatiens ist gegenwärtig ein Aufstand ausgebrochen, der wegen des schwierigen Terrains und des Umstandes, daß die dortigen Einwohner stets Waffen tragen, der Regierung viel Kopfzerbrechen machen wird. Wie es scheint, wollen die dortigen slavischen Bergbewohner von Oesterreich losreißen und an Montenegro anschließen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wird gegenwärtig der Entwurf der neuen Kreisordnung verhandelt. Die Vorlage der Regierung ist das grade Gegentheil eines auf demokratischer Grundlage beruhenden Gesetzes. Nicht nur ist an Stelle des notwendigen allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Kreisstage ein Klassenwahlrecht vorgeschlagen, wonach die Bevölkerung in Reichbegüterte, größere Gutbesitzer und Landgemeinden getrennt wird, es ist auch ein absonderliches System der sog. Selbstverwaltung in Vorschlag gebracht. Die englische sog. Selbstverwaltung beruht auf der Einrichtung der unbesoldeten Gemeindebeamten, wodurch die Arbeiterklasse natürlich von vornherein von diesen Ämtern ausgeschlossen ist, so daß der Bourgeoisie eine Hauptwaffe aus der Armee jener unbesoldeten Beamten erwächst. Nach ähnlichen Einrichtungen sehnen sich daher auch nicht nur unsere deutschen Liberalen, sondern auch Conservative. Der Regierungsentwurf führt nun — wohl um das beliebte Wort „Selbstverwaltung“ gebrauchen zu können — eine solche unbesoldete Behörde: „Amtshauptleute“ ein, aber es sollen diese Amtshauptleute nicht gewählt, sondern von dem Könige ernannt werden! Dadurch wird diese Einrichtung natürlich das gerade Gegentheil eines Wachstums der liberalen Bourgeoisie, und somit haben selbst die Nationalliberalen sich gegen diese Vorlage gewendet, so daß dieselbe fallen oder gänzlich geändert werden wird. Freilich ist andererseits nie darauf zu hoffen, daß aus Beratungen des auf dem Klassenwahlrecht beruhenden Abgeordnetenhauses ein echt demokratisches Gesetz hervorgehen werde.

Steuerzahlen ist eine unangenehme Sache, zu der sich ein Staatsbürger nicht gern verzieht. Das

zeigt sich jetzt sogar an Bismarck selbst. Der Berliner Reclamations-Kommission für die neue Einkommensteuer liegt gegenwärtig vom Grafen Bismarck, wie der „Ebf. Zig.“ von hier geschrieben wird, eine sehr umfangreiche Denkschrift vor. Bismarck beanprucht darin unter anderem, als Beitrag für sein ganzes Einkommen nur zur Hälfte geschätzt zu werden, und findet, daß bei Abschätzung seiner Güter selbst der Grundsteuer-Reinertrag den wirklichen Reinertrag übersteigend nicht maßgebend sein dürfe. Wie indess jetzt in der städtischen Reclamations-Kommission bekannt wurde, bezieht Bismarck den Ueberschuß Pauenburgs (4000 Thaler jährlich) als Gehalt für seine Thätigkeit als Minister dieses Ländchens. Die Thatfache selbst der Einschätzungs-Kommission für die Einkommensteuer unbekannt geblieben zu sein; meistens hat man bei Einschätzung des Grafen Bismarck auf dieses Nebengehalt keine Rücksicht genommen. Hr. v. d. Heydt gewiß ein neuer Beweis, wie wenig es ist, die Selbstschätzung obligatorisch machen. Außer diesen Accidenden bezieht Graf Bismarck das Gehalt von 12,000 Thlrn., welches freier Wohnung und 6000 Thlrn. Repräsentations-Geld die Dotation des preussischen Ministerpräsidenten macht. Rechnet man dazu noch die Zinsen der Dotation von 400,000 Thlrn., welche Graf Bismarck nach den 1867 erhalten hat, so brauchen auch seine besten Freunde für sein Auskommen nicht gerade zu sein. Um so mehr sticht die Gewissenhaftigkeit eines guten Haushalters in die Augen, welcher Graf Bismarck die städtische Reclamations-Kommission ersucht hat, bei Berechnung seines Gehalts nicht zu unterlassen, den Betrag von 15 Thaler Abrechnung zu bringen, welchen er für den Steuer zu den Gehaltsquittungen veranlagten müsse. Das Kleine nicht ehrt, ist des Großen nicht werth, das sollten sich unsere Abgeordneten bei Berechnung des Staatshaushalts-Etats gesagt sein lassen. Schon ein Graf Bismarck gegen ein bischen Steuerdruck empfindlich, wie schwer wird derselbe auf dem „gemeinen Mann“ lasten, wenn das ordnenhaus sich wirklich dazu verstehen sollte, geforderten Zuschlag zu bewilligen.

Vereins-Theil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein. An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.)

(Die General-Versammlung betreffend.)

Hierdurch beziehe ich auf Grund des Statuten die ordentliche General-Versammlung des Vereins auf den 3. Januar 1870 und die folgenden Tage nach Berlin.

Ueber die Abstimmungen bei der General-Versammlung hat Laßalle Nachstehendes angeordnet: Bei den Generalversammlungen wird in folgender Weise abgestimmt:

In dem Orte, in welchem die Versammlung stattfindet, sind die erschienenen Mitglieder nach Köpfen zu zählen. Die anderen Delegationen sind durch Delegirte zu vertreten, welche in den zu diesem Zwecke einberufenen Versammlungen mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gewählt werden.

Diese Delegirten haben soviel Stimmen, als die Gesamtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Bezirken beträgt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet in Generalversammlungen der Präsident.

Die Wahl der Delegirten soll in der Regel am ersten bis zum fünfzehnten December stattfinden. Der geschiedene Wahl ist dem Secretariat Anzeige zu machen. Eine nachträgliche Wahl ist nicht ausgeschlossen, doch ist es im Interesse der Ordnung und der Uebersichtlichkeit dringend wünschenswerth, daß die Wahlen überall innerhalb des gewöhnlichen Zeitraumes vorgenommen werden.

Das Secretariat ist angewiesen, Anträge zur Generalversammlung nur bis zum ersten December anzunehmen. Alle Anträge, die später einlaufen, den Einsendern zurückgeschickt werden. Doch bleiben dieselben überlassen, ihre Anträge bei der Generalversammlung selbst einzureichen.

Der Zweck dieser Anordnung ist: den Delegirten zu ermöglichen, einige Wochen vor der General-Versammlung von den Anträgen Kenntniz zu nehmen. Die sämtlichen bis zum 1. December eingelaufenen Anträge werden nämlich zum Druck gedruckt und den Bevollmächtigten per Circular zugesandt, um zur Kenntniz der Mitglieder zu gelangen.

Schließlich will ich noch an die Bestimmungen § 6 erinnern, welche lauten:

„Durch die Nichtbezahlung des Beitrags ist auf einander folgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt.“

Da wir uns genau an das Statut zu halten haben, so werden diejenigen, die zur Zeit der General-Versammlung nachweislich mindestens 4 Wochen ihren Beiträgen im Rückstand sind, indem sie weder direct noch durch Vermittelung eines Sammlers an den Vereinskassirer geschickt haben, als Vereinsmitglieder anerkannt werden. Wenn Mitglieder nachweisen, daß die Einsendung ihrer

Die Vereinsklasse in Folge einer Pflichtvernachlässigung für die... vom Secretariat nicht stattfinden konnte, so sind natürlich obige Bestimmung auf sie keine Anwendung zu finden. Doch haben alle diejenigen, welchen die erforderlichen Drucksachen bis jetzt noch nicht zugegangen sind, sich sofort an das Secretariat zu wenden, um die sonst mitverschuldet zu werden. Um die strenge Ausführung obiger Bestimmung sicher zu stellen, habe ich bis zur General-Versammlung unter keinen Umständen Dispensationen erteilt. Hingegen glaube ich, daß die General-Versammlung keinen Anstoß daran nehmen wird, wenn die Mitglieder im schlesischen Erzgebirge und im sächsischen Erzgebirge einem alten Brauche gemäß nur die halben Beiträge entrichtet haben. So viel ich weiß, rührt diese in den Verein begründete Ausnahme von Lissalle selbst her, und kann ich mich hierin irren. Jedenfalls werde ich in diesen Punkt nicht einmischen, sondern die Entscheidung desselben steht der General-Versammlung zu. Weitere Ansprachen und Anordnungen in Betreff der General-Versammlung werden zu geeigneter Zeit bekannt gegeben.

Mit social-demokratischem Grusse
Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins
Schweizer.
Berl.n den 18. October 1869.

Die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.
(Das Geschäftsreglement betreffend.)

Am 10. Juli l. J. habe ich an die Mitglieder eine Besprechung erlassen, von der es mir nötig scheint, die in Erinnerung gebracht wurde. Ich lasse die nachstehende in wörtlichem Abdruck folgen. Nur § 4 habe ich eine Bestimmung aufgehoben, weil Erfahrung gezeigt hat, daß mit dieser Bestimmung (jährliche Abrechnung einzelner Orte) keine Wirkung zu erzielen ist.

Meine Ansprache vom 10. Juli lautete wie folgt: Wenn wir einerseits an der Lassalle'schen Organisation festhalten wollen, so ist doch andererseits nötig, daß wir in unsern geschäftlichen Anordnungen den Anforderungen entsprechen, welche uns durch die bestehenden Gesetze gestellt werden — Anforderungen, welchen nachzukommen wir können, ohne daß der Geist und Kern unserer Organisation dadurch berührt würde. Wenn wir, wie es unsere Pflicht ist, auf gesetzlichen Boden agieren wollen, müssen unsere geschäftlichen Anordnungen so treffen, daß der Verein gesetzlich bestehen kann, was Lassalle selbst wiederholt betont hat, und was auch selbstverständlich ist.

Im Lauf der Jahre hat sich eine Summe von gerichtlichen und politischen Entscheidungen angesammelt, welche die Festsetzung unserer geschäftlichen Einrichtungen zu erschweren haben.

1. Da der Verein seinen Sitz in Berlin hat, so wird der Berliner Polizei das Verzeichniß der Mitglieder an den Orten eingereicht. Der Präsident wird seine Bevollmächtigten anweisen, die Verzeichnisse dezent an ihn einzusenden, daß er der Berliner Polizeibehörde die vom Gesetz vorgeordneten Einreichungen fortlaufend machen kann. Eine Ermächtigung der Pflicht, die Verzeichnisse an den Präsidenten in Gemäßheit der von ihm erteilten Befehle einzusenden, zieht sofortige Absetzung des Bevollmächtigten nach sich.

2. Da der Verein seinen Sitz in Berlin hat, so wird der Berliner Polizei das Verzeichniß der Mitglieder an den Orten eingereicht. Der Präsident wird seine Bevollmächtigten anweisen, die Verzeichnisse dezent an ihn einzusenden, daß er der Berliner Polizeibehörde die vom Gesetz vorgeordneten Einreichungen fortlaufend machen kann. Eine Ermächtigung der Pflicht, die Verzeichnisse an den Präsidenten in Gemäßheit der von ihm erteilten Befehle einzusenden, zieht sofortige Absetzung des Bevollmächtigten nach sich.

3. Wenn die Vereinsmitglieder sich an irgend einem Orte außerhalb Berlins versammeln wollen, so sollen sie dies, wenn sie einen Zweigverein bilden, nicht auf Grund des Vereinsrechtes thun, sondern nur auf Grund des Vereinsrechtes thun. Jemand ein Mitglied beruht nur auf dem Rechte, die Vereinsmitglieder zu einer Versammlung ein. Die Versammlung wählt wie jede Versammlung einen Vorsitzenden und einen Schriftführer und beauftragt, wie dies bei den Versammlungen häufig vorkommt, irgend einen Anwesenden mit der Ausarbeitung der nächsten Versammlung. In jeder Versammlung werden — lediglich für diese Versammlung — ein Vorsitzender (beziehungsweise ein Vorsitzender und Vertreter) und ein Schriftführer, in der Regel durch Wahl, gewählt und erhält Jemand den Auftrag, die nächste Versammlung zu bezeichnen.

4. Bei einer solchen Versammlung, — sei es nun, daß zu einer solchen Versammlung derselben nur Vereinsmitglieder eingeladen sind, oder daß dieselbe öffentlich mit Zutritt für Jedermann stattfindet — jede Versammlung ist besonders der Polizei vorchriftsmäßig in Gemäßheit des Versammlungsrechtes anzumelden.

4. Um den Mitgliedern die Unbequemlichkeit zu ersparen, ihre Beiträge selbst an den Vereinskassierer abzugeben zu müssen, sowie zum Zwecke der Verminderung der Porto- und Reisekosten der Präsident an den verschiedenen Orten ein Mitglied, welches die Eintrittsgelder und Beiträge einzusammeln hat. Der Beitragskassierer hat allmonatlich, (spätestens am 15. des Monats für den vorangegangenen Monat) die Beiträge nebst Abrechnung an den Vereinskassierer zu schicken. Die Säumigen werden verurteilt.

5. Da die Mitglieder an den einzelnen Orten keine Zweigvereine bilden, so haben sie sich auch aller Maßnahmen und Einrichtungen zu enthalten, welche den Verein erzeugen könnten, als ob ein Zweigverein vorläge. Sie haben also insbesondere keine localen Vorstände oder Beamte irgend welcher Art einzusetzen und keine locale Kassenverwaltung einzurichten.

6. Der Präsident ist befugt, Ausgaben zu verfügen, welche der Kassierer auf seine Anweisung zu leisten hat. Dagegen ist der Präsident von jeder Mitwirkung am Finanzwesen ausgeschlossen. Die regelmäßige Kontrolle des Rechnungswesens befehlet der Vorstand, in letzter Instanz die Generalversammlung. Letztere erteilt auch die Entlastung. Alle drei Monate hat der Kassierer beim Vorstand eine summarische Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Der Präsident rechnet der Generalversammlung ab.

7. Beschwerden gegen den Präsidenten und die sonstigen Vereinsbeamten können beim Vorstand eingereicht werden. Es werden einzelne Vorstandsmitglieder bezeichnet, welche die betreffenden Beschwerdeschriften, Beweismittel u. s. w. entgegenzunehmen und dafür zu sorgen haben, daß der Generalversammlung richtig Bericht erstattet werde, damit auf diese Weise jedes Mitglied die Gewißheit hat, mit seinen etwaigen Beschwerden bei der Generalversammlung zur Geltung zu kommen.

Ich fordere die Mitglieder auf, diesem Geschäftsreglement genau nachzukommen. In Ausführung des § 7 bezeichne ich nachfolgende Vorstandsmitglieder: die Herren Emil Försterling in Dresden, Oskar Lehder in Hamburg und Otto Schnauser in Halle, als diejenigen, zu deren Händen, in beliebiger Auswahl, Beschwerdeschriften und dgl. zu richten sind.

Mit social-demokratischem Grusse
Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins:
Schweizer.
Berlin, 18. October 1869.

An die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.
Ich bringe andurch in Erinnerung, daß Lassalle angeordnet hat, „daß die lokalen Ausgaben ohne besondere Genehmigung des Präsidenten niemals in einem Monat die Hälfte der Monatsbeiträge übersteigen dürfen.“ Solche Genehmigungen (Dispens) erteile ich nur in seltenen Fällen und vor der demnächstigen Generalversammlung gar nicht. Die Mitglieder eines Orts sind nach obiger Anordnung Lassalle's ihrer Pflicht nachzukommen, wenn sie mindestens die Hälfte ihrer Beiträge etc. an die Vereinsklasse eingekassiert haben. In Schlesien und im Erzgebirge beträgt (falls die Generalversammlung hieron keinen Anstoß nimmt) der Beitrag nur halb so viel als an anderen Orten, also nur 1/2 Sgr. wöchentlich. Auch hier darf für lokale Anlagen nicht mehr als die Hälfte der eingegangenen Beiträge etc. verausgabt werden. Mit social-demokratischem Grusse
Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins:
Schweizer.

Die Pariser Arbeiterzeitung „le travail“ („die Arbeit“) veröffentlicht eine Zuschrift an die Redaktion, welche von einem dortigen Parteigenossen ausgeht und für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Die bürgerliche Demokratie hat zu Paris wie anderwärts den Versuch gemacht, bei Gelegenheit des Eisenacher Congresses die deutsche Social-Demokratie, den Allg. deutsch. Arb.-Verein, zu verdrängen. Diese Verdrängungen zurückzuweisen, ist der Zweck der Zuschrift, die wir nachstehend übersetzt wiedergeben.

Die Zeitung „le réveil“ brachte in mehreren Nummern bei Gelegenheit des Congresses der deutschen Social-Demokratie zu Eisenach, so wie in Anknüpfung an den Congress der internationalen Association in Basel sehr ungerechtfertigte Angriffe gegen die im Allg. deutsch. Arb.-Verein organisierte social-demokratische Partei. Einer unserer Freunde, entschiedener Anhänger der Lassalle'schen und socialistischen Prinzipien, sandte dem „réveil“ über diesen Gegenstand einen Protest zu; aber diese Zeitung brachte davon unter der Aufschrift „der deutsche Socialismus“ einen bloßen Auszug in der Nummer vom 28. September und erlaubte sich dieselben lächerlichen Verleumdungen gegen den sogenannten Casarismus der „Lassalle'schen“ Socialisten, in dem sie erklärte, dieselben seien entweder bewußte oder unbewußte Werkzeuge der Bismarck'schen Regierung (dupes ou complices).

Da wir voraussehen können, daß „le réveil“ würde in gleicher Weise verfahren, wenn wir ihm eine zweite Zuschrift zuschicken würden, so glauben wir besser zu thun, wenn wir uns an Ihr Organ wenden, welches nicht gegen den entschiedenen Socialismus dieselben Borntheile hegt, wie das erwähnte Organ der bürgerlichen Demokratie. Nicht dadurch, daß sie den Führern der deutschen Demokratie rein persönliche Angelegenheiten vorhalten, können die socialistischen Arbeiter ihre Sätze an den Tag legen und einen Beweis ihrer Würde geben. Die Gegner, welche nur Personen kritisieren können, zeigen ihre vollständige Dummheit.

Der Allg. deutsche Arb.-Verein, gegründet von Ferdinand Lassalle, hat mehr als einen Kampf gegen die Bourgeoisie-Parteien zu bestehen gehabt: gegen Liberale, National-Liberale, Conservative, Demokraten, welche alle die Entwicklung des Vereins aufhalten wollten, indem sie mit allen möglichen Mitteln Uneinigkeit in die Arbeiterpartei zu tragen suchten. Dieselbe Absicht ist jüngst in den Versuchen der bürgerlichen Demokratie auf dem Eisenacher Congress hervorgetreten.

Wir verlangen und werden immer verlangen: vollen Arbeitsertrag für den Arbeiter vermittels Productiv-Associationen, deren Produktionsmittel durch die Gesammtheit gestellt sind. Die bürgerlichen Demokraten, Liberale u. s. w. haben sich als unfähig erwiesen, die politische Freiheit und gesellschaftliche Gleichheit zu verwirklichen. Wir haben nicht nötig, an das Gend der Arbeiterklasse nach der großen Revolution (1789) zu erinnern, an das Blut des Volkes, welches im Jahre 1830 vergossen wurde, an den Februar 1848 und an das furchtbare Blutbad, welches von der Bourgeoisie in Verbindung mit der provisorischen Regierung am 26. Juni 1848 veranstaltet wurde — im Juni 1848, diesen Tagen, die wir nie vergessen werden! — Die social-demokratische Partei kann nicht Hand in Hand gehen und kann sich nicht verbrüderern mit der radikalen Bourgeoisie, um sich nach wie vor von ihr ausbeuten zu lassen. Was die politischen Bestrebungen der Lassalle'schen Arbeiter betrifft, welche man als Reactionäre und Anhänger Bismarck's beschreit, so wollen wir diese lächerlichen Verleumdungen, welche beständig den Reden der im Dienste der Bourgeoisie stehenden Zeitungsschreiber entziehen, nicht weiter widerlegen. Die Arbeiterklasse in Deutschland, welche die von Lassalle klar aufgestellten socialistischen Prinzipien begriffen hat, will zu gleicher Zeit die politische Freiheit und die sociale Gleichheit erlangen und sie folgt hierin vollständig dem Programm Ferdinand Lassalle's, worin ausgesprochen steht, daß die sociale Gleichheit von der politischen Freiheit nicht zu trennen ist. Das ist, so denken wir, klar genug. Man lasse nur den Tag kommen, wo es gilt, für die politische Freiheit zu kämpfen und die socialistischen Arbeiter Deutschlands werden mit der radikalen Bourgeoisie gemeinsame Sache machen. Aber nur dann nicht vorher. Denn die Interessen der Bourgeoisie haben eine tiefe Kluft zwischen ihr und den Arbeitern geschaffen. Wenn wirklich die deutschen Demokraten (wie Waldeck, Jacoby, Liebknecht, Bebel) für die Interessen des Volkes kämpfen würden — und wir verstehen unter Volk die Arbeiterklasse — so mögen sie in die Reihen der Lassalle'schen Socialisten eintreten. Aber freilich — bei den Lassalleancern würden sie keine große Rolle spielen können, ihre persönlicher Ehrgeiz würde keine Befriedigung finden!

Was thun die Lassalleaner in Deutschland? Sie befehlen die Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, sie agitieren unermüdet und ohne Unterlaß bei der Masse der Arbeiter auf dem Lande wie in den großen Städten, sie geben den Arbeitern die Erkenntnis und das Bewußtsein ihrer Rechte, sie wollen es mit einem Wort dahin bringen, daß bei der socialen Revolution, welche nahe bevorsteht, die Arbeiterklasse jeglichen Widerstand, welcher ihr von der Bourgeoisie entgegensteht würde, niederzuwerfen verstände. Mit brüderlichem Grusse
Ferdinand Lassalle.

Wie uns der Vereinskassierer, Herr Hajenclever, mittheilt, sind ihren Verpflichtungen gegen die Vereinsklasse für den Monat August nachträglich ferner nachgekommen: Stuttgart, Harburg, Dreißigshuben, Glückstadt, Jychoe, Neuhadt, Schloß-Chemnitz, Marburg, Fehdenheim, Raumburg, Lübeck, Greifeld, Bortrop, Wolfenbüttel, Hedderheim, Einbeck und Altendorf.

* Berlin, 17. Okt. (Geschlossene Mitglieder-Versammlung.) Eröffnung um 9 Uhr durch den Bevollmächtigten Tölke. Zunächst besprach der Vereinspräsident in einem Vortrage das Privateigenthum am Grund und Boden in Anknüpfung an den Baseler Beschluß. Er zeigte ausführlicher, als dies in Leitartikeln möglich ist, wie unerhöhet es sei, für Beibehaltung des Privateigenthums am Boden einzutreten und wie reactionär das Bestreben sei, die Sache der häuerlichen Arbeiter von derjenigen der ländlichen zu trennen. Die nachfolgende Discussion zeigte, welche Entlastung über das Gebahren des reactionären Halb-socialismus herrscht. Hierauf Erledigung des Fragelagens und der Monatsabrechnung.

Volkmarshausen, 18. October. (Neue Ausbreitung.) Hier hat sich eine Mitgliedschaft des Allg. deutsch. Arb.-Vereins gebildet. Zum Bevollmächtigten ist Herr Aug. Krummacher in Vorschlag gebracht. Mit social-demokratischem Grusse
Carl Hauss, Schriftführer

* (Die Internationale Arbeiter-Association) hat von Anfang an den Fehler gemacht, beziehungsweise ihre Leiter haben dies verschuldet, zu glauben, es sei etwas damit gethan, wenn man große Mitgliederzahlen aufweisen kann. Da wurde jeder Verein gleich aufgenommen, ohne daß man nur gefragt hätte, ob denn die Mitglieder wirklich Socialisten seien oder nicht. Daher besteht denn diese Internationale Association aus zusammengewürfelten Elementen, ob eine gemeinsame Ueberzeugung, ohne Saft und Kraft der Gesammtheit. So mußten wir das traurige Schauspiel erleben, daß über Dinge, welche ein einigermaßen klarer Kopf zu den Anfangsgründen des Socialismus zählt, zu Basel weitläufig debattirt wurde; und das noch traurigere Schauspiel, daß, nachdem einige entschieden socialistische Beschlüsse gefaßt waren, verschiedene „Führer“ ihre Entgegen darüber handgaben. Mit einem Wort: Der der Internationalen Association zu Grunde liegende Gedanke ist ein guter und richtiger; aber wir fürchten, daß die Association vielfach schlecht geleitet wird. Wie könnte sonst solche Zerfahrenheit im Prinzip herrschen? Wir werden in dieser Meinung bestärkt durch ein Schreiben, welches wir im „Kellerchen“ finden und welches wir folgt lautet:

Mein letztes Wort über den Baseler Congress. Die Beschlüsse des Arbeiter-Congresses in Basel bilden wohl die Hauptdiscussion in unserer Centralisation. (?)

Jedes Mitglied wird sein Urtheil längst gefaßt haben. Ich würde diesen Gegenstand nicht mehr berühren, denn diese Beschlüsse eklein mich an. Da mich aber der internationale Heiland von Zürich auffordert, ihm sein Unrecht zu beweisen, so muß ich letzteres versuchen. Ob die Beschlüsse gut oder schlecht sind, lasse ich dahingestellt, nur möchte ich sagen, daß wir nicht mit England und vergleichen können. Die englischen Einrichtungen sind in Allem verschieden von denen der Deutschen. Wir müssen zunächst über unser Vaterland reden. Mit dessen Einrichtungen sollte ein Jeder vertraut sein. Ich mag die in Basel gefaßten Beschlüsse betrachten wie ich will, ich finde nirgends einen Anhaltspunkt, welcher mir auch nur im Entferntesten die Möglichkeit der Einführung derselben sich stellt. Diese Beschlüsse sind für denjenigen eine saftige Lockspeise, dessen Haupttugend Eigennutz heißt. Die Basler Menschenbeglückter (wenn sie durchaus keine Herren sein wollen) wollten sich um Arbeiter gegenüber dankbar erweisen, darum versprechen sie uns eine goldene Zeit für ihre schönen Tage, werden aber sehr ungehalten, wenn man seine Gedanken ausdrückt, die wohl manchmal derb ausfallen können. Der Congress in Basel würde eine achtunggebietende Stellung eingenommen haben, wenn dessen Delegirte nicht den zweiten Schritt zuerst gethan. Wäre das Haupttraktand, die dr. Gesetzg. d. d. Soll zuerst berathen, dann könnte man glauben, daß man es in dem Congress ehrlich meinte. Man hätte verlangt, was gerecht ist. Durch diese Gesetzes-Einführung würden die jetzt gefaßten Beschlüsse gar nicht entstanden sein. Es hätte den betreffenden Demagogen müssen einleuchten, daß man dem Volk höchstens Gesetzesvorlagen anempfehlen könne, welche durchführbar sind. Der gesunde Volkssinn würde alsdann wohl wissen, was ihm nützlich oder schädlich ist.

Bürger Gerulich betrachtet das in Rede stehende Traktand, als wäre dasselbe schon eingeführt. Da ist aber das Gegen-theil der Fall und somit die Heilmayerei erklärlich, denn die Beschlüsse entbehren jeden Hafts. Sie sind wie ein Gebäude ohne Grundstein. Wird die Einführung der d. S. d. d. Volk überhaupt beschlossen? Diese Frage kann man noch nicht lösen. Möglich wär's schon, aber keineswegs bestimmt. Hatte der Delegirte A. G. schon zur Zeit des Congresses seine große Nähe, dies wichtigste Traktand nur als zum Berathen ausgenommen zu sehen; neigten sich damals schon Viele gegen dasselbe, wie wird es erst später sein? Ich denke mir die Gesetzgebung durch das Volk als nicht eingeführt, und deshalb betrachte ich diese Beschlüsse als gar nicht einführungswürdig, wenn die staatliche Ordnung nicht ganz über den Haufen geworfen werden sollte.

Kann man dieses anders als wie durch Anwendung von Gewalt? Wer zahlt alsdann die Entscheidung an die jetzigen Grundeigentümer? Dieselben wird man schuldig bleiben, um sie später als bezahlt zu quittiren. Nicht wahr?

Ich halte mein Behauptung aufrecht: Die Grundlage der Internationalen heißen Schwindel und ihre Beschlüsse sind Luftschlösser.

Unsere Vereine hätten sich überhaupt nicht übereilen sollen, denn die Glückseligkeit der Internationalen Arbeiterassociation hätten wir noch immer erringen können.

Wir sind abhängig von den Internationalen, weil wir deren Statuten zu befolgen haben. Früher waren wir frei (!) frei in unserer Schule, den Vereinen.

Der Anstoß an den Arbeiterverband hat uns noch nicht geschadet, aber auch noch nichts genützt. Spott haben wir gern, dieser Spott sollte genug sein. Oder warten wir noch stärkere Lehren, nach denen wir unsern Austritt zu erklären haben? Wann sollen unsere Augen geöffnet werden? (Etwas bei dem dumpfen Rassenstump?) So lange die sociale Frage auf dem Gebiete des blauen Dunkels ist, und die Arbeiterparteien sich einander entgegenarbeiten, kann dieselbe nicht gelöst werden, und wir würden nichts verspielen, wenn wir derselben fern blieben. Wir brauchen die sociale Frage nicht zu vernachlässigen und wir könnten den Arbeiterparteien unsere Aufmerksamkeit widmen, dann würden wir finden, die eine oder andere Partei strebe dem rechten Ziele nach. Ja es ließe sich mit Grund annehmen, daß die Arbeiterfrage gelöst wird. Dann können wir dieser Partei unsere Kräfte anbieten, welche gewiß nicht zurückgewiesen würden. Viele Kosten würden uns jedenfalls erspart werden. Denn was als überflüssig anerkannt wird, und was Einer statt Zwei ausführen können, dem muß man widersprechen. Diese Tugend heißt Sparsamkeit, hat nichts gemein mit dem Abwenden, darf somit Jedermann empfohlen werden. Nichts für ungut. Joh. Köntje.

Was für uns besonders interessant ist, das ist der Umstand, wie diese Herren in ihrer „Freiheit“ sich keiner Organisation unterordnen wollen. Das hat speciell die deutsche Section der Internationalen verschuldet. Nachdem diese Leute Jahre lang die straffe Lassalle'sche Organisation, welche die Arbeiter kampffähig macht, angefeindet haben, wie können sie sich wundern, daß ihnen bei jedem Versuch, eine Organisation zu schaffen, entgegenzusetzen wird: „Nein! Nein! Das geht gegen unsere „Freiheit“! Wer die falschen Vorstellungen der Bourgeoisie von Freiheit den Arbeitern gepredigt hat, der wundern sich nicht, wenn diese falschen Begriffe sich nun gegen ihn selbst kehren. Die Leiter der deutschen Section haben, von einigen Feinden des Allg. deutsch. Arb.-Vereins ausgeht, nur geflüstert, was sie jetzt ernten und so wird es fortgehen, bis die Unordnung vollständig ist und man einseht, daß man nicht auf dem richtigen Weg war.

(Die Agenten der „Volkspartei“), welche im Auftrag der liberalen Selbstjuden und für deren Geld herumreisen, um Zwispalt unter die Arbeiter zu bringen, haben den Auftrag, die deutsche Arbeiterpartei der Reaction zu verdächtigen. Diese Verdächtigung, welche schon gegen Lassalle erhoben wurde, ist zwar zu abern, als daß man sich ernstlich darauf einlassen sollte. Allein Späßes halber halte man doch diesen Herren Folgendes entgegen:

„Es ist ein uralter Kniff, jedesmal, wenn die Arbeiter sich aus dem Schlepptau der liberalen Bourgeoisie befreien wollen, um ihre eigenen Interessen kräftig zu vertreten, so zu thun, als seien die Arbeiter reactionär. Ihr selbst, Ihr Herren von der „Volkspartei“ habt das erfahren müssen. Zwar seid Ihr an dem Baseler Beschlusse wegen des Grundeigentums unschuldig; Ihr habt ihn zu verfindern gesucht, und, als er doch gefaßt wurde,

ihn verflügelnet. Allein als Ihr fälschlich in Verdacht standet bei dem Beschlusse mitgewirkt zu haben und mit ihm einverstanden zu sein, da fielen die Organe Eurer eigenen Partei über Euch her und bezeichneten Euch als Stützen Bismarcks. Ihr beschuldigt uns, Stützen Bismarcks zu sein. Dasselbe sagte man von Euch, als man glaubte, Ihr wüßtet ernstlich für die Arbeiterfrage einstehen. Der Stuttgarter Beobachter und andere Blätter schrieben wörtlich: „Wenn irgend jemand der Auffassung dieser Theorie in Basel frohen Herzensbeifall zurufen kann, so sind es die beiden franken Männer in Bargin (Bismarck) in St. Cloud (Napoleon). Der Beschlusse ist Labial für sie, ist eine neue feste Stütze ihres wurmstichigen und den Einkurz drohenden Baues.“ Also Ihr selbst wurdet der Bismarck'schen Reaction verdächtigt! Warum? Weil man einen Augenblick glaubte, es sei Einzeln von Euch Ernst mit der Arbeiterfrage. Wäre es Euch wirklich Ernst damit, hättet Ihr Euch nicht beeilt, die Grundlage des Socialismus zu verläugnen, Ihr würdet fortwährend der Reaction verdächtigt gleich uns. Denkt also an den „Stuttgarter Beobachter“, Ihr Bismarckstüßen.“

So antworte man Späßes halber diesen Leuten. Man muß sie nicht in Ruhe lassen, bis die Hohlheit ihres Treibens für Jeden klar zu Tag liegt. Dann wird die Zeit kommen, wo diese Leute in Arbeiterversammlungen überall nicht mehr geduldet werden, so wie sie in Leipzig schon jetzt nirgends mehr erscheinen dürfen.

(Ehrliches.) Eine neue Unwahrheit wird in Umlauf gesetzt. Der frühere Ausschuß der Metallarbeiter verbreitet nemlich in einem Circular, welches natürlich auf Kosten der Arbeiter gedruckt und verandt wurde, die Unwahrheit, das Verbandspräsidium und der Verbandsausschuß wollten haben, daß nur Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in den Gewerkschaften seien. Unwahr! Jeder kann in unsere Gewerkschaften eintreten; er braucht kein Mitglied des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, er braucht nicht Social-Demokrat zu sein. Nur Eines muß verlangt werden und dies wird eben verlangt: daß nicht Feinde der Arbeiterfrage sich in die Gewerkschaften eindrängen. Auch die Gewerkschaften in ihrer Weise führen den Kampf der Arbeit gegen das Capital und es kann daher nur zum Schlimmen führen, wenn Feinde und Verräther mit in der Schlaglinie der Arbeiter stehen. Wer aber gegen die Schöpfung Lassalle's, den Allg. deutsch. Arb.-Verein, agitirt, erweist sich eben hierdurch als Feind der Arbeiterfrage. Also es wird nicht zum Eintritt in die Gewerkschaften verlangt, daß einer Socialist ist, obwohl wir daraus halten müssen, daß auch die Gewerkschaften in streng socialisistischem Geiste geleitet werden; es wird nur verlangt, daß Feinde der Arbeiterpartei, Verräther an der Arbeiterfrage fern gehalten werden. Andere Arbeiter sind willkommen.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch hervorheben, daß in den Versammlungen der Gewerkschaften aus Gründen, die mit der besprechenden Vereinsgesetzgebung zusammenhängen, durchaus keine Politik getrieben werden darf, z. B. keine politischen Vorträge zu halten sind. Auch ist dies nicht nötig, da die Arbeiterpartei im Allg. deutsch. Arb.-Verein zu social-politischem Wirken vereinigt ist. Da aber die Arbeiterpartei nichts anderes bezweckt, als das Wohl der Arbeiter in jeder Beziehung zu fördern, so darf der Verband sammt seinen Gewerkschaften nie etwas anderes sein, als tatsächlich eine Einrichtung der Partei. Wer dies verkent, beweist, daß er kein Socialist ist; denn wer ernstlich Socialist ist, der ist es in jeder Beziehung und muß darauf halten, daß Alles, was von der Partei ausgeht, also auch unsere Gewerkschaften, in streng socialisistischem Geiste gehandhabt werden.

(Wir Schmeißfliegen.) Eine in Berlin erscheinende Zeitschrift „Der Salon“ beehrt uns mit einer Besprechung, deren Einleitung wir Wertwürdigkeits halber abdrucken wollen. Der „Salon“ schreibt: „Ein derbes deutsches Sprichwort sagt: In der Noth frisst der Teufel Fliegen. Wenn sie mir zugeben, daß die Hundstage für einen Chronikschreiber eine „Noth“ sind, wenn Sie ferner meinen, daß unter „Teufel“ auch ein ormer Teufel und unter „Fliege“ die widerwärtigste Sorte derselben verstanden werden kann, nämlich die gemeine Schmeißfliege (Musca vomitoria), die vom Fette Anderer lebt, so werden Sie gewiß nichts dagegen einzuwenden haben, daß ich diesmal einige Socialdemokraten verpfele. Ich kann allerdings nicht verschweigen, daß mir Rebhühner lieber wären; sie sind jedenfalls schmackhafter und appetitlicher. — Was ist denn eigentlich „Socialdemokratie“ hier zu Lande? Einer meiner Freunde beantwortet mir die Frage mit den Worten: „Socialdemokratie“ nennt man jetzt die Gewalt, welche den Unrath an den Kloaken der Gesellschaft an's Sonnenlicht fördert und nichtsnutzige Mittelmaßigkeiten in die Parlamente bringt.“

Wir danken schon! Mehr in diesem Ton! Wir Schmeißfliegen haben daran einen hüßlichen Spaß.

* Der Proceß gegen Rende ist, wie von der „D. Ztg.“ mitgetheilt wird, nicht auf den 30. Januar, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Grund ist eine schwere Augenkrankheit Rende's.

Verbands-Heil.

Für den Allgemeinen deutschen „Arbeiter-Schafts-Verband“.

An die Mitglieder der zum Verband gehörigen Gewerkschaften und Arbeiter-Schaften.

(Die Generalversammlung betreffend.)

Andurch beruft das Verbandspräsidium auf Grund des § 21 der Statuten die ordentliche Generalversammlung des Verbandes auf den 6. Januar 1870 und die folgenden Tage nach Berlin.

Was die Wahlen zur Generalversammlung des Verbandes antrifft, so wird in Erinnerung gebracht, daß die Statuten in § 18 und 19 wie folgt vorschreiben:

Die Generalversammlung des Verbandes besteht aus den

eigens hierzu gewählten Vertretern der einzelnen Arbeit-schaften. Die Wahl dieser Vertreter geschieht unmittelbar durch die Mitglieder jeder einzelnen Arbeiterschaft, welche den verschiedenen Orten zum Zweck der Wahl in einer nützlich bekannt zu machenden Versammlung zusammenkommen. Die Abgeordneten haben so viele Stimmen, als die Arbeit-schaft an den ihnen vertretenen Orten Mitglieder über-leber die Wahlversammlung ist ein genaues Protokoll anzunehmen und außer dem Vorsitzenden und Schriftführer der Versammlung noch von mindestens fünf Theilnehmern an derselben zu unterzeichnen. Dieses Protokoll dient Vollmacht. In demselben muß angegeben sein, wie viele Mitglieder die Arbeiterschaft im betreffenden Orte je-jeder Einzelne kann nicht nur die Mitglieder ein und selbsten Arbeiterschaft an verschiedenen Orten, sondern Mitglieder verschiedener Arbeiterschaften auf der General-versammlung vertreten. — Jedes Mitglied jeder Arbeit-schaft hat das Recht, der Generalversammlung mit beratender Stimme beizuwohnen.

Es wird zur Kostenersparniß zweckmäßig sein, Wahlen so zu treffen, daß dieselben Delegirten der Generalversammlung des Verbandes und derjenigen der Gewerkschaften und Arbeiterschaften zu ersuchen.

Die Wahlen, bei denen genau auf die richtige Form zu achten ist, sollen möglichst in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dec. vorgenommen werden. Im Falle des Ausfalls der Wahlen ist sofort an das Secretariat zu berichten.

Was die an die Generalversammlung des Verbandes zu richtenden Anträge betrifft, so ist das Secretariat angewiesen, Anträge nur bis zum 1. Dec. m. B. entgegenzunehmen. Daraus soll ermbunden werden, daß die eingegangenen Anträge überall zeitig durch Circular bekannt werden können. Uebens steht es frei, Anträge noch bei der General-versammlung direct einzureichen.

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, nach § 2 b. der Verbandsstatuten alle zum Verbande gehörigen Gewerkschaften und Arbeiterschaften im Beschlusse an die Generalversammlung des Verbandes ihre ordentlichen General-versammlungen abzuhalten haben.

Berlin, 18. Decbr.
Für das Verbands-Präsidium:
Schweiger.

Allgem. deutsche vereinigte Metallarbeiter-Schaft

Lüneburg, 17. Oct. (Zum Strike.) Parteigenossen! Unser Kampf ist ein hartnäckiger; uns wird von Seiten der Capitalisten entgegengestellt, was uns entgegenzusetzen ist die bewaffnete Macht. Von denjenigen Arbeitern, welche Arbeit eingestellt haben, darf sich keiner außerhalb des dowieerthores sehen lassen, man transportirt ihn sonst zurück. Es liegt nämlich die Dieferei außerhalb des dowieerthores. Die Direction hat versucht, die meiste Verwandtschaft zu bewegen, die Arbeit wieder anzunehmen, was ihr leider auch wirklich gelungen ist — nämlich meißerliche Verwandtschaft ist nicht in der Gewerkschaft. Aber auch das schadet noch nichts, der Kern der Arbeiterschaft hat seinen Kopf auf der rechten Stelle und wird Alles von Seiten der Strike-Commission auf sich nehmen. Wir werden der Capitalmacht zeigen, daß unsere Forderungen gerecht sind. Parteigenossen, der Kampf wird harter und schwerer, aber dennoch sind wir fest; der Sieg wird unser, mag kommen, was da will. Die Statuten unserer der Jahre getrenn Gbliebenen ist vortrefflich, die Brüder, dürfen wir kein Haar breit von unserer Forderung abgeben. Freunde und Parteigenossen, halt in unserm Kampfe; wir werden in ähnlichen Fällen unsere Schuldigkeit thun. Wir folgen stets dem Ruf Meisters, da er sprach: haltt fest an der Organisation, wird Euch zum Siege führen. In dem Bewußtsein, wir den Kampf aufgenommen, und wir barren aus, den Sieg errungen haben. Unser Mahruf ist:

Wir wollen All für Einen sein,
Und Einer steht für All,
Und liegen oder untergehn
Mit Ferdinand Lassalle.

Parteigenossen! Wir ersuchen Euch nochmals den Antrag abzusperrn. Beliebige Umrüstungen man schicken an den Cassier Carl Lücken, Colonnadenstraße Nr. 2, Lüneburg. Die Strike-Commission.

Main, 11. Oct. (Schwindel der „Christi“.) Ich sehe mich veranlaßt, den Mitgliedern der Metallarbeiter-Schaft, ihre Präsidentenwahl betreffend, nachstehendes mitzutheilen. Den Tag nach der Präsidentenwahl fragte ich Mitglieder derselben, für wen sie gestimmt hätten.

Dann fragte ich, für Herrn Schulze. Dann fragte ich, stark die Versammlung gewesen sei, und erhielt die Antwort 50 bis 60 Mann, worunter noch Mitglieder anderer Gewerkschaften vertreten gewesen waren. Daß die „Christi“ lägen können, daß wußte ich, aber daß sie ungeheuer Stimmen mehr dazu gesetzt haben, daß ist Schwindel. Ich ist noch zu bemerken, daß durch Umrüstungen die Wahl entschieden wurde und nicht durch Stimmenmehrheit. Wie es das demokratische Princip verlangt. Man sieht, diese Leute es mit der Ehrlichkeit doch nicht so genau nehmen, wie man es ihrem Titel nach, den sie sich so beilegen, erwarten sollte. Daß der große Social-Demokrat Leiden oder auch Eimer von den Aehrenschiffen der Arbeiterversammlung erklärt: Ich wäre zwei Tage in der Versammlung gewesen und hätte dort gegen die streikenden Mannen gearbeitet agitirt, damit die Höchster die Arbeit nicht einstellen. Ich fordere alle Mannen, sowie alle Höchster, beider auf, zu sagen, ob mir einer beweisen kann, daß sie je in Höchster gewesen bin. Es ist weder dies der Fall, habe ich einen Buchstaben dorthin geschrieben. Es soll Lüge ein Mittel sein, um die Arbeiter recht gegen mich zu stellen.

(Fortsetzung folgt in der Beilage.)
Hierzu eine Beilage.

Ran, der bekannte Säkularer auf der Tribüne... weiter gegen mich agitiren; es wird eine Zeit kommen...

Hamburg, 13. Okt. (Zur Abweh.) Auf die... des Herrn Werthmann in Berlin, demnach ich...

Esche, 15. Okt. (Wahl.) Bei der engern Wahl... hier Herr Hausstein 33 Stimmen, Herr Schalmeyer...

Hausen, 14. Okt. (Wahl.) Hier erhielt Herr... 30 Stimmen. Inklus Ziegler, Bevollm.

Hausen, 10. Okt. (Wahl.) Hier erhielten Herr... 20 Stimmen, Herr Schalmeyer 1.

Hausen, 17. Okt. (Wahl.) Bei der engern... wurde hier Herr Hausstein mit 14 Stimmen zum...

Hausen, 17. Okt. (Wahl.) In der heutigen... wurde von 25 Mitgliedern einstimmig Herr...

Hausen, 17. Okt. (Wahl.) Hier wurde... Hausstein mit 26 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Arbeiter klar zu machen. Es müsse plündernde achtstündige... Arbeit eingeführt werden, indem der Bergmann durch...

Esche, 15. Okt. (Auffr.) Wir bitten alle... Bevollmächtigten der Genossenschaften und des Allg. deutsch. Arb.-Bereins...

Allgemeine deutsche Manufaktur-Arbeiterschaft. Brandenburg a. H., 16. Okt. (Arbeitsaus-... schluss.) Am Mittwoch den 13. dts. sind in 8 Fabriken...

Brandenburg, den 14. Oktober 1869. Die... Tuchfabrikanten Brandenburgs vereinigen sich, etwa aus-

Es liegt somit eine Coalition der Fabrikanten vor. Es... ist noch zu bemerken, daß nicht, wie die Herren irrtümlich...

nichts zulegen zu wollen. In einer sehr stark besuchten... Mitgliederversammlung am Abend desselben Tages entschied...

Opladen, 12. Okt. (Neue Ausbreitung.) Sonnt-... tag den 3. dts. hatte ich eine Versammlung sämtlicher...

Elberfeld, 16. Okt. (Zur Beachtung.) Von... Seiten der Mitglieder unserer Arbeiterschaft zu Marburg...

Heidelberg, 9. Okt. (Zur Notiz.) Nikolaus Ewald... ist einstimmig zum Bevollmächtigten gewählt, Wohnung:

Allgemeiner deutscher Zimmerer-Verein. Berlin, 19. Okt. (Mitgliederversammlung.) In der gestrigen Versammlung unter Vorsitz des Herrn A. Kapell...

Dortmund, 11. Okt. (Zur Nachricht.) In der am 10. dse. stattgefundenen Versammlung ist zum Cassirer Jos. Steuermann gewählt. — Die Reiseunterstützung wird jetzt jeden Tag von 7 bis 9 Uhr Abends ausgezahlt beim Cassirer Jos. Steuermann, Olpe Nr. 99. Mit social-demokratischem Gruß J. Dschinsky, Bevollmächtigter.

Berlin, 19. Okt. (Zur Notiz.) Die Ansuchenmitglieder werden hiermit ersucht, am Donnerstag, den 21sten Oktober Abends, in der Wohnung des Präsidenten zu erscheinen. Wichtige Sachen liegen vor.
Peter S., Geschäftsführer.

Allg. Taback- u. Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft

Altona-Ottensen, 13. Okt. (Auch eine Heldenthat der Leibgarde des Herrn Frischke.) Seit etwa 14 Tagen circulirt hier das Gerücht, Frischke hätte Befehl erteilt, den reisenden Düsseldorfern das Reisegeld zu verweigern. Es fand dies um so weniger Glauben, da man wusste, daß das Directorium resp. der Ausschuß den Düsseldorfern Strife für gerechtfertigt und Unterstützungsberechtigt anerkannt hatte und Unterstützungen nur aus Rücksicht auf den Leipziger Strife unterblieben. Auch mochte man nicht glauben, daß den reisenden fröhlichen Kollegen, obgleich die meisten Familienväter sind, ihr rechtmäßig zukommendes Reisegeld verweigert werde. Leider hat dieses Gerücht sich jetzt bestätigt; am 11. dse. kamen die Kollegen M. Scholl und E. Brückmann aus Düsseldorf zu dem Bevollmächtigten in Dittenen, Adolf Kuysser, bekannt durch den schmutzigen Artikel im „Vorkämpfer“, um ihr Geschenk zu holen. Der Bevollmächtigte fertigte die Bücher aus und gab ihnen Marken, um darauf das Geld erheben zu können. Nachträglich verhinderte er aber die Auszahlung und erklärte den Düsseldorfern, bis auf Weiteres kein Geschenk erteilen zu wollen. Es läßt sich dies nur aus dem rachsüchtigen Charakter des Herrn Frischke erklären, da er weiß, daß die Mitglieder in Düsseldorf gegen ihn sind und nicht Lust haben, mit ihm durch die und dunn zu laufen ins Lager der „Schlichen.“ Mit social-demokratischem Gruß Engelbert Fehres u. Wilh. Hinz aus Düsseldorf.

Allgemeiner deutscher Schuhmacher-Verein.

Mainz, den 14. Oktober. (Zur Beachtung.) Ich mache hiermit die Ortskassirer darauf aufmerksam, daß sie mir in Zukunft kein Geld mehr überbringen; ich habe mich der Geld-Angelegenheit nichts zu schaffen, das ist Sache unseres Hauptkassirers F. Kurin, Königsgraben 15 in Berlin. Reise-Unterstützung wird anbezahlt für Mainz bei Bernhard Müller, Rombacherstraße No. 23; für Aschaffenburg bei Herrn Johann Kippel, bei Schuhmachermeister Schneider, Frelhof; für Hannover bei Herrn Sander, Köbelingerstraße No. 9; für Peine bei Herrn Eulenberger, bei Schuhmachermeister Th. Reiberg, Kirchstraße. Mit Brudergruß Wilh. Kölsch, Rombacherstraße No. 23.

In Frankreich herrscht gegenwärtig eine lebhafteste Agitation gegen die Sonntagsarbeit. Insbesondere sind die Schriftsetzer, welche an den Montagszeitungen arbeiten, dabei beteiligt. In der pariser Presse hat diese Bewegung einen lebhaften Kampf hervorgerufen, und leider sind es Regierungsblätter, welche gegen und demokratische Blätter, welche für die Sonntagsarbeit kämpfen. Der „Réveil“, ein in halbem Socialismus machendes radicales Bourgeoisblatt, das sich, welches sich kürzlich bemüht gefunden hat, die Lassalleaner als „Reactionäre“ zu verdächtigen und eine Entgegnung unserer Pariser Parteifreunde zurückzuweisen, agitirt für die Sonntagsarbeit und giebt somit den Bonapartisten und Ultramontanen die erwünschte Gelegenheit, auf die „Demokraten“ zu schmähen und die Arbeiterfreundlichen zu spielen. Der „Correspondent“, Organ der deutschen Buchdrucker, bringt aus Paris folgenden interessanten Bericht über diesen Gegenstand:

Paris, 1. Oktober. Als man im Jahre 1793 den Ausschreitungen der Geistlichkeit für immer einen Damm dadurch entgegenzusetzen gedachte, daß man die Kirche aus Frankreich verbannte, beschloß man sich andererseits mit der Frage, welchen Tag man an Stelle des Sonntags als Ruhetag der Arbeiter bestimmen wolle, und einigte sich dahin, daß jeden fünften Tag nur die Hälfte der gewöhnlichen Zeit, jeden zehnten Tag aber gar nicht gearbeitet werden solle. Wie so manche andere gute Schöpfung der Republik ist auch diese lobenswerthe Einrichtung mit der Zeit ganz und gar vergessen worden, und viele Gewerbe in Paris, wie z. B. Maurer, Zimmerleute etc., sind seelenvergnügt, daß man ihnen jeden ersten Sonntag im Monat erlaubt, sich einmal einen Tag auszuruhen, nachdem man ihnen am Abende vorher den rückständigen Lohn für den ganzen Monat ausgezahlt. — Eine bedeutende Anzahl der großen Magazine machen nun zwar eine rühmliche Ausnahme von diesem Ausnahmsystem, indem sie entweder Sonntags ganz oder mindestens am Nachmittag geschlossen sind; der Besitzer des Bon Marché gab aber dieser Tage einen schlagenden Beweis, wie viel da von einer augenblicklichen Laune abhängt. Indem dieser „Herr“ wahrscheinlich gefunden hatte, daß seine Ladenbediener zu viele freie Zeit hätten, zeigte er eines Tages an, daß er Sonntags seinen Laden öffnen wolle, und als 350 Angestellte dagegen zu protestiren wagten, antwortete er ihnen mit der Entlassung und bot alle Hilfsmittel an, um die leeren Plätze mit Provinzialen zu besetzen. — Da fast zu gleicher Zeit aus Havre die Nachricht einlief, daß die dortigen Schriftsetzer vom 3. Oktober an nicht mehr Sonntags arbeiten wollten, so entspann sich in den Journalen ein Kampf für und gegen die Sonntagsarbeit, der so recht geeignet ist, den Arbeitern die Augen zu öffnen, denn Leute, die sich sonst so gern als Märtyrer für die Freiheit ausgeben, wie Herr Delacourze, stellen Behauptungen auf, die man ihnen sonst gewiß nicht zugestanden hätte. Wie gesagt, es hat sich um diese Frage ein wahrer Parteikampf in der Presse gebildet, von dem Sie sich vielleicht eine Vorstellung machen können, wenn ich Ihnen einen Auszug aus dem „Peuple“ (Regierungsblatt) mit-

theile: „Der Kampf um den Sonntag als Ruhetag ist auf der Tagesordnung und wird seine Lösung am besten durch die öffentliche Meinung finden. „Patrie“ (Regierungsorgan) und „Réveil“ (Opposition) fraternisiren in diesem Punkte und meinen, der Arbeiter könne sich mit einem andern Tage in der Woche entschädigen; „Public“ (Regierungsorgan) ist für den Sonntag und hält es für überflüssig, daß die Redactionen dazu verdammt sind, 365 Tage im Jahre das Papier zu „beschwätzen.“ „National“ (Opposition) sieht die Jesuiten hinter dieser Bewegung; man konnte diese Idee im Voraus von ihm erwarten, denn er hat nun einmal keine andere. — Was uns („Peuple“) anbetrifft, so haben wir uns deutlich genug für den Sonntag ausgesprochen, und obwohl diese Frage weder an die Politik noch an die Bestimmung von Kaiserreichen streift, so scheint sie uns doch wichtig genug, da sie eine große Partei unserer Mitbürger interessiert, und vorzüglich die, deren künftige Existenz unsere Sympathien am meisten erregt. Diese Frage hat aber für uns noch einen andern Reiz: sie hängt gänzlich von dem Willen jedes Einzelnen und nicht von der Autorität des Staates ab; sie gehört in's Bereich der Sitten und nicht in das des Gesetzes; sie hat nichts vom Gesetze zu verlangen und das Gesetz hat sich nicht dazwischen zu mischen.“

Der „Réveil“ ruft aus: Wie sollen sich unsere Arbeiter kleiden, wenn die Magazine Sonntags geschlossen würden? Wir antworten einfach: In England und selbst in allen Städten unseres Südens sind die Läden Sonntags geschlossen und gehen unsere Arbeiter deshalb nadend? — Es wäre eine bedeutende Ungerechtigkeit, sagt der „Réveil“, wenn der Arbeiter sich nicht mehr die nötigen Bedürfnisse einkaufen könnte, wenn er wollte; es würde ihm so die Gelegenheit geboten, sein Verdienst zu vergeuden und seine Familie im Elend zu lassen. Zu einer solchen Väterung des Volkes sind nur die „echten Demokraten“ fähig! denn, wenn auch nicht zu läugnen ist, daß es in der Arbeiterklasse Individuen giebt, die das Geld in schmutzigen Dingen durchbringen, welches Frau und Kinder zu Hause erwarten, um sich Brod zu kaufen, so sind das glücklicherweise nur einzelne Ausnahmen, sagt also nicht: der Arbeiter, sagt einzelne Arbeiter; und uns scheint hierfür der Sonntag viel weniger gefährlich als der „blaue Montag“. . . . Die Wahrheit ist, daß es die übertriebene Concurrenz der Patrone ist, welche sie dazu treibt, die Magazine Sonntags offen zu halten. Sie haben sich mehrmals vereinigt, um sämtliche Läden Sonntags zu schließen, aber es fanden sich stets falsche Brüder, welche dieses Versprechen nicht hielten; nun gut, wenn die Patrone sich nicht einigen können, so mögen es die Gehilfen thun, und man wird leicht erreichen, was unmöglich erscheint. . . . Endlich hat uns der „Réveil“ noch beweisen wollen, daß man am Sonntag leicht einen Stellvertreter finden könne, der sonst nur in der Woche beschäftigt sei; Herr Delacourze kann da aber leicht eine Gegenprobe bei sich anstellen: er braucht nur einfach das Personal des „Réveil“ zu fragen, welchen Tag sie wählen würden, um nicht in den Bureau zu erscheinen, und wir sind überzeugt, daß sie Alle wie ein Mann den Sonntag vorziehen würden. . . . So geht es spaltenlang fort, ich glaube aber, daß es schon genug ist, um Ihnen einen Begriff zu geben, wie dieser Kampf in den Journalen geführt, und füge nur noch hinzu, daß die liberalen Blätter, wie „Monde“ und „Univers“, für den Sonntag, das „Siècle“, welches allerdings ein zweideutiges Oppositionsblatt ist, wie gewöhnlich gegen die Arbeiter steht. — Was unsere Pariser Kollegen anbetrifft, so ist diese Frage bis jetzt zu wenig auf der Tagesordnung gewesen; dazu kommt, daß die Arbeit im Großen und Ganzen zu unregelmäßig ist, als daß nicht Mancher froh wäre, wenn er sich einmal des Sonntags mit den Extrasunden „herausreißen“ laun; und diejenigen, die feste Stellen haben mit sieben Tagen Arbeitszeit — die Zeitungssetzer — arbeiten höchst selten einmal 10 Stunden pro Tag und können sich außerdem jeden Tag vertreten lassen, der ihnen beliebt, denn außer den angestellten Setzern finden sich in jeder Zeitung eine Anzahl Stellvertreter (remplacants), welche die Abwesenden ersetzen; eine meistens sehr misere Condition das, aber sie finden doch gewöhnlich ihre Rechnung, da die Zeitungen gut bezahlt sind und sie außerdem zunächst die ersten Ansprüche auf einen frei werdenden Platz haben. Unter diesen Verhältnissen, wie sie eben nur in einer Stadt wie Paris existiren können, ist es leicht begreiflich, daß die meisten hiesigen Kollegen nicht recht verstehen können, warum sie nicht am Sonntag arbeiten sollen, wird er doch besser bezahlt als alle anderen Tage, und sieht es doch aus, wie ein Eingriff in die persönliche Freiheit; wir sind überzeugt, daß, wenn diese Angelegenheit erst von verschiedenen Seiten beleuchtet ist, so werden sich die hiesigen Kollegen auch nicht der bessern Einsicht verschließen.

So weit der pariser Berichterstatter. Auch wir müssen dringen wünschen, daß die richtige Erkenntniß über das Wesen der Sonntagsarbeit in Frankreich Platz greife. Insbesondere ist es aber notwendig, daß die Socialisten entschieden gegen dieselbe aufstreten, damit nicht, wie jetzt, der Bonapartisten Gelegenheit findet, die Arbeiter zu verwirren.

*) Hier zeigt sich der Pferdesuß. Die Bonapartisten sind eben keine wahren Socialisten.

Vermischtes.

Die Polizeibehörde in Darmstadt hat einen Stadtbrief gegen Herrn Gräwel erlassen. Die gegen ihn als Verleger des „Soz. Dem.“ wegen eines Artikels aus Offenbach schon vor längerer Zeit vom dortigen Bezirksgericht ausgesprochene Geldstrafe von 25 M. ist in die entsprechende Gefängnißstrafe verwandelt worden.

(Das Angebot Stelle suchender) übersteigt die Nachfrage auch in Amerika oft in unglücklicher Weise; das beweist ein Fall in Chicago, wo sich zu einer ausgeschriebenen Straßenpolizei-Stelle nicht weniger als 3216 Menschen gemeldet haben.

(Was ein Chemann nicht alles erfährt!) Ein zu Chicago in den Vereinigten Staaten erscheinendes Journal zeigt an, daß Mistreß X. gesonnen ist, ihren Affen, ihren Hund, zwei Katzen und einen Papagei zu verkaufen.

Warum? „Mistress X. hat sich verheiratet und bedarf dieses Gethiers nicht mehr.“

Briefkasten.
L. Hamb. Bevor uns der Artikel nicht eingekam können wir nicht urtheilen.
Es sind so zahlreiche Einwendungen noch rückständig, es unmöglich ist, einlaufsene längere Artikel sofort zu öffentlichen, besonders, da eilige Sachen, Streiberichte u. unsern Raum sehr beengen.

Für Hamburg.
Öffentliche Versammlung
der hiesigen Mitglieder des
Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins
Donnerstag, den 21. Oktober, Abends 9 Uhr
in Tütge's Salon, Valentinsplatz.
Tagesordnung:

Für Berlin.
Gewerkverein deutsch. Holzarbeiter.
Versammlung
Donnerstag, den 21. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr
im Kaiserpark, Alte Jakobstr. 120.
Tagesordnung:
1) Berathung der Statuten zur Krankenunterstützung.
2) Abrechnung für Monat September. — 3) Verschiedenes.
Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
E. V. Müller, Bevollmächtigter.

Für Berlin.
Öffentliche Versammlung
sämmlicher
Bildhauer und Berufsgenossen
Dienstag, den 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr
in Hoppoldt's Lokal, Prinzenstr. 72.
Tagesordnung:
1) Die Prinzipien der Social-Demokratie. Referent: Herr C. W. Böde.
2) Anschluß an die Gewerkschaft deutscher Holzarbeiter. Referent: Herr Schwelkenbiel.
Jeder Arbeiter hat Zutritt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Eduard Blom.

Für Hamburg.
Allg. deutsche Arbeiterchaft der Spinn- u. Fabrikarbeiter.
Geschlossene Mitgliederversammlung
Freitag, den 22. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr
im Saale des Zimmer-Amtshaus, Spitalerstraße.
Tagesordnung:
1) Vortrag von Herrn Bräuer. — 2) Wahl der Bevollmächtigten. — 3) Empfangnahme der Karten der eingetretenen Mitglieder.
E. A. Bahrendorf.

Für Hamburg.
Allgem. deutsche Gewerkschaft der Schneid- Kürschner und Kappemacher.
Offizielle Mitgliederversammlung
Mittwoch, den 20. Oktober, Abends 9 Uhr
im Saale des Schneider-Amtshaus, Pferdemarkt.
Tagesordnung:
1) Abrechnung. — 2) Besprechung wegen eines Vereinslokal. — 3) Verschiedenes.
Die Karten oder Bücher müssen vorgezeigt werden.
Es ist sehr wichtig, daß alle erscheinen.
F. S. Liebig.

Für Altona.
Allg. deutsche verein. Metallarbeiter.
Versammlung
Donnerstag, den 21. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr
im Schuhmacher-Amtshaus, Große B. Straße.
Tagesordnung:
1) Präsidentenwahl. — 2) Krankenkassen Angelegenheiten.
Ich bitte, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.
Fr. Schmalz, Bevollmächtigter.

Für Berlin.
Allgem. deutsch. Maurer-Verein.
Sonnabend, den 23. Oktober, Abends 8 Uhr
findet in Wolter's Lokal, vor dem Cottbuser Thor, von der Mitgliedschaft arrangirt

Ball

statt, wozu ergebenst einladet das Comité.
Entrée für Herren 3 Sgr., für Damen 2 Sgr.
NB. Billets sind an den Vereinsabenden, so wie in den Wohnungen der Comité-Mitglieder Schröder, Altonaerstraße 10, Billmer, Rositzstr. 43, Ortle, Kistenstr. und Kranz, Köpckestr. 121a zu haben.
An der Kasse findet am Abend des Balles kein Billet statt.
Im Auftrage des Comité's: Schröder.

Buchdrucker- u. Schriftgießer-Verein
Engelhardt's Lokal, Lindenstr. 24.
Mittwoch, den 20. Oktober, Abends präcise 8 1/2 Uhr
Beschlußfassung über Angelegenheiten der Krankenkasse u. c. Kasse. — Anwesenheit dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Bildhauerlehrling verl. D. Koch, Gitschinerstr. 10.
Entbindungs-Anzeige.
Allen Freunden und Parteigenossen die ergebene Nachricht, daß meine Frau Friederike, geb. Dobbels, am 16. dse. von einem kräftigen Knaben entbunden worden; ich danke, daß er ein tüchtiger Social-Demokrat werden wird.
August Wolf, Zimmermann.